

Zwei Tage im Mai

Über die antisemitische Internationale und die Notwendigkeit jüdischer staatlicher Souveränität

Im Mai gibt es gleich zwei Jahrestage, die in Deutschland nur wenig Beachtung finden. Das eine Datum ist der 8. Mai, jener Tag, an dem 1945 die politische Herrschaft des Nationalsozialismus durch die kombinierte Anstrengung der Alliierten mit militärischen Mitteln beendet worden ist. In anderen Ländern Europas ist die jeweilige Befreiung ein Grund zum Feiern, in deutschen Kalendern sucht man vergeblich nach einem entsprechenden Verweis, von öffentlichen Veranstaltungen ganz zu schweigen. Kein Wunder: „Gedenken“ kann man eines solchen Tages nur schlecht, und so bleibt bloß das beredete Schweigen darüber, dass es am 8. Mai in Deutschland nie etwas zu feiern gab und gibt. Das andere Datum ist der 14. Mai: Es ist der Tag der Gründung des Staates Israel, jener zu spät gekommenen, aber seit 1948 so glücklich effektiven Notwehrmaßnahme, deren erster Zweck es ist, die Juden weltweit – nicht allein die Bürger Israels – vor antisemitischen Anfeindungen und Verfolgung zu schützen. Gegründet und vor allem aufgebaut wurde der israelische Staat nicht zuletzt von jenen, die der von den Deutschen betriebenen Vernichtungsmaschinerie entronnen waren; sie vereinten sich mit den frühen Zionisten, in denen angesichts des Antisemitismus schon vor der Shoah die Einsicht gereift war, dass man in der Lage sein müsse, sich gegen den Judenhass mit allen Mitteln staatlicher Souveränität zur Wehr zu setzen.

Auf die Deklaration dieser Souveränität nach dem Beschluss der UNO-Vollversammlung und gemäß dem von ihr vorgeschlagenen Teilungsplan am Nachmittag des 14. Mai 1948, reagierten Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, der Libanon, der Irak und Syrien sofort: Sie erklärten Israel, von langer Hand vorbereitet, noch am Abend seiner Gründung den Krieg. Wie dieser ausgehen würde, davon war die politische Klasse der Palästinenser überzeugt: „Die Entscheidung der Vereinten Nationen hat die Araber zusammengeführt, wie es noch nie zuvor der Fall war, nicht einmal gegen die Kreuzritter [...] Ein jüdischer Staat hat keine Überlebenschance jetzt, wo der heilige Krieg ausgerufen wurde. Schlussendlich werden alle Juden massakriert werden.“ Die Gewissheit, mit der Matiel Mughannam, Vertreterin des arabischen Hochkomitees für Palästina, den Ausgang des Krieges gegen die Juden und ihren Staat glaubte vorwegnehmen zu können, speiste sich nicht nur aus dem Vertrauen auf die Armeen der verbündeten arabischen Staaten, sondern auch aus dem Glauben an die „Armee des heiligen Krieges“, die aus der palästinensischen Bevölkerung unter der Federführung des palästinensischen Großmuftis al-Husseini rekrutiert worden war. Al-Husseini, ein enger Bündnispartner der Nationalsozialisten, hatte schon in seinen frühen Jahren, längst bevor er seinen Posten als höchste religiös-rechtliche Autorität Jerusalems angetreten hatte und gern gesehener Gast in Hitlers Reichskanzlei geworden

war, deutlich formuliert, wie er mit jüdischen Einwanderern zu verfahren gedachte: „[...] die Zionisten, die werden wir töten, bis zum letzten Mann. Wir wollen keinen Fortschritt, keinen Wohlstand. Nichts anderes als das Schwert wird das Schicksal dieses Landes entscheiden.“ Doch obwohl die verbündeten arabischen Staaten al-Husseinis Fortschrittsfeindlichkeit nicht teilten und über moderne Armeen sowie die tatkräftige Unterstützung geflüchteter Nazis verfügten, die beispielsweise als kommandierende Offiziere in den Reihen der syrischen Streitkräfte die nördlichen Grenzen Israels attackierten, mussten sie sich schließlich geschlagen geben. Eine Niederlage, die als „Nakba“, als Tag der Katastrophe, in das – wie der Volksgeist heute unter Bildungsbürgern genannt wird – „kollektive Gedächtnis“ der autochthonen wie ideellen Palästinenser in Stuttgart und anderswo eingegangen ist.

Die Befreiung von Auschwitz...

Wer dennoch am 8. oder 14. Mai sein Glas auf die Rote Armee, die US-Armee oder den Geburtstag Israels erhebt, tut dies nicht mit der, sondern gegen die Mehrheit der Deutschen. Die ist zu Meistern des „Gedenkens“ avanciert: an Dresden, Königsberg, Hamburg, und, am 27. Januar, an die Befreiung von Auschwitz.

„Gedenken“ an den Judenmord ist etwas, das in Deutschland, wie der Judenmord selbst, mittels Arbeitsteilung vollzogen wird:

Sagt der Stuttgarter Geschichtswissenschaftler und Experte für Nationalsozialismus Eberhard Jäckel angesichts des Berliner Holocaust-Mahnmals: „Es gibt Völker, die uns um das Mahnmal beneiden“, so hilft der Berliner Geschichtswissenschaftler und Experte für Antisemitismus Wolfgang Benz seinen Landsleuten christlicher und islamischer Provenienz dabei, ihren Hass verbal mit der nötigen Differenziertheit zu artikulieren: „Man muss eine Feindschaft gegen den Staat Israel, gegen die Existenz des Staates Israel, und eine Feindschaft gegen Juden unterscheiden.“ Das kommt gut an unter Menschen, deren wichtigstes Kommunikationsmittel, wenn es um Juden geht, trotz aller verbalen Finesse, das augenzwinkernd-stumme Einverständnis ist. Das Gedenken läuft also wie geschmiert, die Deutschen haben ihre Lektion in Zurückhaltung gelernt, und den Hinweis auf die „Befreiung von Auschwitz“ kann man im Übrigen ja so oder so verstehen.

Worauf das hinausläuft, das hatten die beiden Philosophen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno bereits vor ihrer Rückkehr nach Deutschland aus dem US-amerikanischen Exil verstanden. Anfang der Vierzigerjahre hatten sie mit der

„Dialektik der Aufklärung“ den bis heute wichtigsten Beitrag zur Kritik des Antisemitismus formuliert. Vor der Drucklegung des Buches in Europa nach dem Krieg haben sie die Schrift mit einem Zusatz versehen, der mit den Worten beginnt: „Aber es gibt keine Antisemiten mehr. Sie waren zuletzt Liberale, die ihre antiliberalen Meinung sagen wollten.“

Es hatten die Deutschen nämlich aus ihrer Mordorgie, aus der die meisten Täter ungeschoren hervorgegangen waren, soviel gelernt, dass es nach diesem Exzess einer neuen Rationalisierungsstrategie bedurfte, um den Judenhass an den Mann und die Frau zu bringen. Der Begriff „Antisemitismus“ war verbraucht. Dessen Erfinder, der Berliner Journalist Wilhelm Marr, hatte ihn Ende des 19. Jahrhunderts eingeführt, um seine Judenfeindschaft als vernünftige politische Einsicht zur Förderung des Gemeinwohls zu camouflieren. Antisemitismus; ein Terminus mit dem Anspruch, als Universalie aufzutreten: die „Judenfrage“ wollte Marr als „sozialpolitische Frage“ verstanden wissen, während er die Juden als konkrete Personen, wie vor ihm bereits Fichte, gar nicht zu meinen behauptete. Der Antisemitismus hat in Deutschland dann auf die bekannte Weise barbarische Karriere gemacht.

...als „Stunde Null“

Nach 1945 dann: Man ging nicht in sich, man ging zur Tagesordnung über. Es begann die sprichwörtlich gewordene „Stunde Null“. „Der Ausdruck ‚Stunde Null‘ stammt eigentlich aus der Planungssprache von Organisationen, klassisch des Militärs. Er bezeichnet allgemein die ausschlaggebende Uhrzeit, zu der eine neuartige Ereigniskette abzulaufen beginnt.“ Was „Wikipedia“ hier zu der sprichwörtlich gewordenen Formel zu berichten weiß, es könnte nicht besser passen auf ein Land, dessen barbarisches Treiben eben allein militärisch beendet worden war. Danach beginnt die Zeit, zu der eine neuartige Ereigniskette abzulaufen beginnt: „Die Selbstverständlichkeit, mit der die Deutschen jetzt weltbürgerliche Gepflogenheiten aufnehmen“, sei ihm verdächtig, schrieb Max Horkheimer bereits 1946, noch im Exil: „Alles scheint aufs Vergessen angelegt. Daß selbst noch die erbärmlichsten intellektuellen Lakaien des Nationalsozialismus jedes Interview dazu benutzen, um tief verwundet von ihm abzurücken, ist dabei nur ein scheinbarer Widerspruch zu den Berichten der Reporter, daß die Bevölkerung ihn sich erst recht zu eigen macht. Im Grunde sind alle Schreckenstaten nicht mehr wahr.“

Im Begriff der „Stunde Null“ liegt es, dass es in Deutschland vorläufig nicht mehr à la mode war, sich zum Antisemitismus zu bekennen. Eine neuartige Ereigniskette begann. Intellektuelle Lakaien wie jene, von denen sich Max Horkheimer so angewidert zeigte, gab es in Deutschland durch die Jahrzehnte immer genug. Heute heißen sie zum Beispiel Günther Grass oder Jakob Augstein. „Israel-Kritik“ ist der Name zur Camouflage für ihren Judenhass, „Israel-Kritik“ ist ihre Rationalisierungsstrategie.

Dass mutig zu sein habe, wer ein Sterbenswörtchen gegen die Juden sagen will, ist eine interessierte Lüge, die man im Land der Henker, von deren Hand sechs Millionen Juden gestorben sind, seit je mit stolz geschwellter Brust herumposaunt. Schon

Wilhelm Marr leitete 1879 seine rassistisch-antijüdischen Tiraden in der Schrift „Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum“ mit den Worten ein, dass er als Vertreter „der Journalistik wehrlos gegen das Judenthum“ sei. Der Journalist Marr hatte nämlich die Presse selbst längst als in der Hand des Judenthums enttarnt, das „ängstlich nach Allem spähte[...], was es als ‚Judenhatze‘ niederspotten“ konnte; einmal in Fahrt, „goss das Judenthum ganze Sturzbäder“ über seine Gegner aus. Tapfer sprach er sodann die „Thatsache“ aus, „dass Israel eine Weltmacht allerersten Ranges geworden ist“.

Aufstand der Mutbürger

Auch Jakob Augstein halluziniert sich und die seinen heute als seltene Vertreter publizistischen Muts: Kaum einer traue sich die Wahrheit zu sagen, denn die israelische Regierung hat „die ganze Welt am Gängelband“. Nur Mutige wie Marr, Grass oder Augstein stürzen sich mit vollem Bewusstsein ins feindliche Publizistik-Feuer. Auf diese Art wird jeder Satz gegen die Juden zum heroischen Fanal: „Es ist dieser eine Satz [von Grass], hinter den wir künftig nicht mehr zurückkommen“, schreibt er etwa, wenn er seinen Spießgesellen Günther Grass, diesen zitierend, verteidigt: „Die Atommacht Israel gefährdet den ohnehin brüchigen Weltfrieden.“ Dieser Satz hat einen Aufschrei ausgelöst. Weil er richtig ist.“

„Grass wusste, dass man ihn als Antisemit beschimpfen würde. Das ist das geläufige Risiko eines deutschen Israel-Kritikers“, tönt Augstein voller Ehrfurcht, während er die Stimmung in Deutschland mit dem feinen Gespür für die Stimmung der Massen, das allen gewitzten Demagogen eigen ist, andernorts augenzwinkernd resümiert: „Früher war es eine Schande, für einen Antisemiten gehalten zu werden. Inzwischen muss man solchen Vorwurf nicht mehr ernst nehmen.“

Augstein schreibt im Bewusstsein und Vertrauen darauf, dass eine Welt ohne Israel längst nicht mehr unwahrscheinlich ist. Wie viele seiner Mitstreiter, wittert auch er eine neue „Stunde Null“. Anders als die deutsche Regierung, sieht er gar keinen taktischen oder strategischen Grund mehr, sich durch den Zusammenhang von 8. Mai und 14. Mai noch länger knebeln lassen: „Hier geht es nämlich nicht um die Geschichte Deutschlands. Sondern um die Gegenwart der Welt.“ Die deutsche Regierung und ihre Gedenkbeamten sind Leuten wie Augstein, die die Welt von den Juden und ihrem Staat, der halluzinierten Gefahr für den Weltfrieden, befreien wollen, nur lästig und stehen ihrem Ziel im Weg: „Es muss uns nämlich endlich einer aus dem Schatten der Worte Angela Merkels holen, die sie im Jahr 2008 in Jerusalem gesprochen hat. Sie sagte damals, die Sicherheit Israels gehöre zur deutschen ‚Staatsräson‘.“ Der Schatten der Worte Angela Merkels aber ist nichts anderes als der Schatten der deutschen Vergangenheit. Das weiß der antisemitische Worttrickser Augstein so genau wie Grass, der sich in seinem infamen Gedicht zur von ihm halluzinierten israelischen Politik als „Überlebender“ ins Verhältnis setzte.

Der Antisemitismus, schrieb Hannah Arendt mit düsterem Blick in die Zukunft im Juni 1945, wurde von Anfang an „als Internationale betrieben“, mit ihm habe nicht mehr und nicht weniger als die Hauptstütze, das wichtigste Prinzip nationalsozialistischer politischer Organisation überlebt.

Zum Leidwesen nicht nur Jakob Augsteins fühlen sich die deutschen Angehörigen dieser Internationale durch die Schatten der Vergangenheit bisweilen noch etwas gehemmt. Auch Verena Rajab und Attia Rajab, beide beim Stuttgarter Palästina-Komitee aktiv, beklagen die „traurige deutsche Ausnahmestellung“ bei den internationalen Anstrengungen, die „Überwindung“ des jüdischen Staates und die „Konsequenzen“ daraus „ins Zentrum zu stellen“.

Antizionistische Zivilgesellschaft

Die antisemitische Internationale geht bei diesen Anstrengungen bekanntermaßen arbeitsteilig vor. Während sich der Iran im Verein mit den islamistischen Banden von Hamas, Hisbollah und Co. der Auslöschung Israels und seiner Einwohner mit militärischen Mitteln verschrieben hat, ein Vorhaben, dessen von den genannten Protagonisten unablässig postulierte wie praktizierte Ernsthaftigkeit man in Europa ebenso wenig müde wird in Zweifel zu ziehen, konzentriert sich das Engagement der Zivilgesellschaft auf die politische Ebene zur Verfolgung exakt des selben Ziels.

Beim Stuttgarter Palästina-Komitee hat man sich seit je bemüht, zur Avantgarde dieser Bewegung zu gehören. Im November 2010 beispielsweise wurde eine so genannte „Palästina Solidaritätskonferenz“ organisiert, bei der eine Abschlusserklärung verabschiedet worden war, die sich selbst für manch eingefleischten Antizionisten als starker Tobak erwies. Der Kern der Erklärung ist die „Perspektive der Ein-Staat-Lösung“. Als Schritt auf dem Weg zum antisemitischen Ziel soll Israel als jüdischer Staat aufhören zu existieren, und mit ihm die Schutzfunktion für Juden, die allein ein jüdischer Staat zu garantieren vermag.

Von 10. bis 12. Mai veranstaltet das Stuttgarter Palästina-Komitee nun abermals eine Konferenz, um die „Ein-Staat-Lösung“, die Auslöschung Israels, voranzutreiben und Abweichler, die noch für eine „Zwei-Staaten-Lösung“ plädieren, auf Linie zu bringen. Diskutiert werden sollen etwa die Chancen für einen „politischen Systemwechsel im historischen Palästina“. Was unter dem historischen, „besetzten Palästina“ zu verstehen sei, das präzisieren die Wiener Bundesgenossen von der „Antiimperialistischen Koordination“ (AIK): „Jerusalem, Gaza, das Westjordanland und auch die 1948 besetzten Gebiete, die heute Israel bilden“.

Auch für AIK-Mitglied Willi Langthaler ist die „Zwei-Staaten-Formel [...] nichts mehr als eine Deckung für die Weigerung, die demokratischen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung anzuerkennen“. Wie die „Stuttgarter Erklärung“ von 2010 präzisiert, bedeutete ein palästinensischer neben dem bestehenden israelischen Staat, dass „den in den 1967 besetzten Gebieten lebenden PalästinenserInnen begrenzte nationale Rechte zugestanden würden, während den in den Grenzen von 1948 lebenden und den vertriebenen Menschen ihre Rechte verwehrt würden“. Zudem „würde das Fortbestehen eines zionistischen Staates den palästinensischen Flüchtlingen aus dessen Territorium das international

anerkannte Recht auf Rückkehr verwehren“. Die Flüchtlinge mit Rückkehrrecht, zum Teil bereits in der dritten Generation in Jordanien, im Libanon und anderswo lebend, bringen es heute laut Auskunft der antizionistischen Bevölkerungsstatistiker auf über vier Millionen Personen.

Eine Welt – ohne Israel

So wird Israel eine Rechnung aufgemacht, die es mit seiner Auslöschung bezahlen soll, eine Rechnung, deren Arithmetik vermutlich sogar die deutsche Vertriebenenchefin Erika Steinbach vor Neid erblassen lässt. Doch ihr Verein hat ja auch keine „globale antizionistische Allianz“ im Rücken, derer sich Willi Langthaler und das Stuttgarter Komitee teilhaftig wissen. In einem Text für die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „Intifada“ jubiliert Langthaler über den seiner Meinung nach vor allem antizionistischen arabischen Frühling: „Nur die arabischen Volksmassen könnenden Zionismus und den Imperialismus besiegen. Die arabischen Regime sind die Wächter und Wärter der imperialen Ordnung und letztlich auch Israels.“

Nach Auschwitz, im Juni 1945, stellte Hannah Arendt, wahrlich keine Freundin des israelischen Staates, ernüchert fest, die Nazis hätten „Deutschland der Zukunft des Faschismus“, als dessen Kern sie den Antisemitismus bestimmte, „als Opfer dargebracht“. Die von ihr konstatierte antisemitische Internationale werde womöglich einmal davon profitieren, dass sie nicht mehr von einem „nationalen Zentrum“ abhängig sei. Dann könne es sich als Vorteil erweisen, „überall in Europa auf einmal operieren zu können, ohne an ein bestimmtes Land gebunden und auf eine bestimmte Regierung angewiesen zu sein“.

Was Hannah Arendt noch als künftiger europäischer Horror möglich erschien, wird für Langthaler und sein „antizionistisches Netzwerk im Aufbau“ nun auf globaler Ebene Realität: „In dutzenden Städten in der arabisch-islamischen Welt, Asien, Europa, Amerika und selbst in Australien fanden Mobilisierungen statt“.

Am 8. Mai 2013 jährt sich die militärische Niederlage des deutschen Nationalsozialismus zum 68. Mal. Hannah Arendt befürchtete, womöglich gelänge es der antisemitischen Internationale, „die gründliche Zerstörung Deutschlands [...] in eine bloß temporäre Niederlage der Bewegung zu verdrehen“. Was sie auf diesen Gedanken brachte, fußt auf einer ebenso banalen wie furchtbaren Erkenntnis: Dass mit der militärischen Niederlage der antisemitischen Bewegung in Gestalt des Nationalsozialismus zwar deren Macht gebrochen war, nicht jedoch deren historische Voraussetzungen überwunden sind. Die „Stunde Null“ ist das diese Voraussetzungen abstrakt negierende Postulat aus der Mitte der deutschen Gesellschaft, auf dessen Grundlage sie sich bis heute konstituiert – die „Stunde Null“, nicht die Freundschaft mit Israel gehört zum Kern der deutschen Staatsräson. Nur der mit all den Problemen einer bürgerlichen Gesellschaft behaftete Staat Israel und seine Streitkräfte allein stehen daher bedingungslos für den Schutz der Juden auf seinem Territorium und in der ganzen Welt ein. Dafür steht das Datum des 14. Mai.

Veranstaltungen

Antizionismus und Volksstaat

Der Fetisch der Souveränität und der Haß auf den „Unstaat“ Israel

Woher kommt das notorisch gute Gewissen der „Linken“ in ihrer Agitation gegen Israel? Wie funktioniert der Antisemitismus der sog. „legitimen Israel-Kritik“? Warum zeugt die feinsinnige Unterscheidung von Antisemitismus und Antizionismus vom Weißwaschen des deutschen Staatsfetischismus?

Der Wahn vom Volkssouverän ist, wie immer im einzelnen ausbuchstabiert und ausagiert, die synthetische Ideologie der restlos kapitalisierten Gesellschaft, d.h. das zwar vollendet idiotische, aber desto lieber geglaubte und aggressiv bezeugte Ideologem, das die Linkspartei, Günter Grass und die NPD verbindet. Im Wettstreit um die je subjektive Interpretation und sodann politische Okkupation dieses Begriffs vollzieht sich die objektive Reproduktion der deutschen Souveränität so, wie sie in der fraktionsübergreifenden, natürlich völkerrechtlich fundierten Verurteilung Israels durch den Bundestag im Mai 2010 sich aussprach, und dies ist zugleich der Grund dafür, daß, wenn vom „Schurkenstaat“ Israel die Rede ist, gar nicht mehr unterschieden werden kann, wer spricht, und daß es einerlei ist, ob die Agitation gegen das jüdische „Staatsgebilde“ und gegen diesen „Staat aus der Retorte“ von sozialdemokratisierten Stalinisten oder gleich von zwangsparlamentarisierten Nazis ausgeht. Denn daß, wie das Grundgesetz der BRD sagt, alle Macht vom Volk ausgeht, dieser manische Staatsfetischismus ist es, der, wie das Idiotem vom Geld, das endlich wieder dem Volk und der sog. Realwirtschaft zu dienen habe, die antagonistische Gesellschaft fraktionsübergreifend zusammenschweißt, der es macht, daß Herr und Knecht, daß Lohnarbeit und Kapital in der Aversion gegen die Juden zur Volksfront im Volksstaat zusammenfinden.

Daß die Antizionisten Israel so als „Unstaat“, als „Gegenstaat“ und „teuflische Abstraktion“ aburteilen wie die Antisemiten die Juden als „Gegenrasse“ anprangern, das liegt, betrachtet man die Linksdeutschen, insbesondere daran, daß die marxische „Kritik der politischen Ökonomie“ nicht zugleich als Kritik der Souveränität des Kapitals entwickelt wurde, daß von Anfang an vielmehr ein Staatlichkeitswahn einriß, der, von Ferdinand Lassalles Agitation für den Staat als die „große Assoziation und Produktivgenossenschaft des arbeitenden Volkes“ über das Programm der KPdSU in Sachen „Staat des ganzen Volkes“ bis hin zum „Erfurter Programm“ der Linkspartei sich aufplustert. Der Vortrag will insbesondere darstellen, wie dieses Unglück, das sodann die Juden und ihr Staat erleiden müssen, sich fugendicht vollendete, als die Kommunistische Internationale das Idiotem vom Volksstaat noch um das „Recht der Völker auf nationale Selbstbestimmung“ erweiterte (was Rosa Luxemburg „kleinbürgerlichen Humbug“ nannte) und zum „Djihad gegen das Kapital“ aufrief.

Es spricht Joachim Bruhn (Freiburg), Co-Autor von Initiative Sozialistisches Forum, „Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Israel und die linksdeutsche Ideologie“ sowie „Das Konzept Materialismus“ (ça ira-Verlag); siehe www.isf-freiburg.org.

Dienstag, 7. Mai 2013, 19 Uhr, Wilhelmshaus Stuttgart, Raum „Kinderbibliothek“

Israel und seine Feinde – Zum 65. Jahrestag der Staatsgründung.

Über keinen Staat gibt es so viele Gerüchte wie über Israel. Welchen Stellenwert hat die Gründung Israels heute noch? Handelt es sich beim Kampf gegen den jüdischen Staat, den Araber schon Jahrzehnte vor der Staatsgründung führten, wirklich um einen Kampf gegen Unrecht und Besatzung, oder geht es vielmehr gegen jede souveräne jüdische Präsenz in der Region?

Tilman Tarach erläutert die Geschichte und Bedeutung der israelischen Staatsgründung. Er zeigt dabei auf, wie und warum aus dem alten antisemitischen „Gerücht über die Juden“ das antizionistische „Gerücht über Israel“ geworden ist. Tarach lebt in Berlin und Freiburg und ist Jurist sowie Autor des Buches „Der ewige Sündenbock. Heiliger Krieg, die ‚Protokolle der Weisen von Zion‘ und die Verlogenheit der sogenannten Linken im Nahostkonflikt“ (Vorwort Henryk M. Broder, Edition Telok 2011). Artikel von ihm erschienen in Konkret, Jüdische Allgemeine und Jerusalem Post.

Dienstag, 14. Mai 2013, 19.30 Uhr, Wilhelmshaus Stuttgart

Anschließend findet die Party »Happy Birthday Israel 65« mit Süßem, Salzigem & DJs statt

UnterzeichnerInnen:

forum materialistische kritik, Emanzipation und Frieden www.emafrie.de, Wilhelm, das war nix! www.wilhelm.blogspot.de

V.i.S.d.P.: L. Gilmore, Hartforder Str. 23, 70049 Stuttgart